



Inhalt >>>

- > Gleichstellungspolitik - aber richtig! **Kerstin Westphal** 1
- > EU "dealt" mit Libyen **Wolfgang Kreissl-Dörfler** 2
- > Das EU-Knöllchen ist da **Ismail Ertug** 2
- > Kommission zu GAP nach 2013 **Ismail Ertug** 2
- > Dem Umweltschutz Rechnung tragen **Ismail Ertug** 3
- > UN-Generalsekretär im EP **Wolfgang Kreissl-Dörfler** 3
- > Europ. Auswärtiger Dienst **Wolfgang Kreissl-Dörfler** 3
- > Anschauungsunterricht in Regionalpolitik **Kerstin Westphal** 3
- > Stuttgart 21 **Ismail Ertug** 3
- >>> **Service**
- > Besuchergruppen 4
- > Kontakt 4

Gleichstellungspolitik - aber richtig!

Europäisches Parlament stimmt für längeren Mutterschutz

von Kerstin Westphal

Frauen verdienen weniger als Männer, erklimmen die Karriereleiter nicht so weit wie sie, werden schneller arbeitslos und sind stärker vor Armut bedroht. Und nur etwa die Hälfte aller Frauen in der Europäischen Union ist beschäftigt - hingegen mehr als zwei Drittel aller Männer. Die harten Fakten der Statistik machen klar, dass wir von dem Ziel echter Gleichstellung noch sehr weit entfernt sind.

Dabei ist die Geburtenrate in allen Mitgliedstaaten konstant oder sinkend. Trotzdem hat das Parlament am vergangenen Mittwoch den Mutterschaftsurlaub von derzeit mindestens 14 auf mindestens 20 Wochen bei vollem Lohnausgleich verlängert.

Überraschendes Abstimmungsergebnis

Erklärbar ist das überraschende Abstimmverhalten nur damit, dass eine Mehrheit (390 zu 192 Stimmen) im Parlament völlig unterschiedliche Aspekte mit dem originären Mutterschutz vermischt hat, die nichts miteinander zu tun haben. Eine Zeit des Mutterschutzes von 6 bis 8 Wochen nach der Geburt zur medizinischen Rehabilitation, ist vollkommen ausreichend, so zuletzt das Fraunhofer-Institut. Denn Mutterschutz umfasst laut der Internationalen Arbeitsorganisation nur Maßnahmen für den Gesundheitsschutz von Schwangeren und stillenden Frauen an ihrem Arbeitsplatz - daher das Arbeitsverbot in dieser Zeit. Auch die neugeschaffene Möglichkeit eines zweiwöchigen Vaterschaftsurlaubes, der den Regelungen zum Mutterschutz gleichwertig ist, hat mit Mutterschutz nichts zu tun und sollte in einer eigenen Richtlinie geregelt werden.

Gute Absicht schadet Frauen

Die gute Absicht, die Situation von Frauen am Arbeitsplatz zu verbessern, wird die Gesetzesänderung meines Erachtens nicht erreichen, sondern sich letztlich als Bumerang erweisen: Denn das vor- und nachgeburtliche Beschäfti-

gungsverbot von Frauen ist so weit ausgedehnt, dass die Chancen für Frauen auf dem Arbeitsmarkt deutlich sinken werden: Welcher Arbeitgeber wird noch Frauen einstellen, wenn zu befürchten ist, dass sie ihm fünf Monate bei vollem Lohn nicht zur Verfügung stehen? Der ausgedehnte Arbeitsschutz wird zum ausgedehnten Arbeitsverbot für Frauen! Bevor die Regelungen jedoch in Kraft treten können, müssen sich zunächst die Mitgliedstaaten auf eine gemeinsame Position im Ministerrat verständigen und einen Kompromiss mit dem Parlament erzielen. Die Abstimmung am Mittwoch war nur die erste Lesung.

Vorbild Rheinland-Pfalz und Norwegen

Bei aller unterschiedlicher Bewertung richten wir SPD-Abgeordnete jetzt den Blick nach vorn, um Eltern sinnvoll zu unterstützen, Familie und Beruf in Einklang zu bringen: Wichtig ist, dass wir uns noch stärker als bisher um Kinderbetreuungseinrichtungen bemühen. Diese müssen flächendeckend, kostenlos und von hoher Qualität sein, damit Eltern die Möglichkeit haben, schnell wieder ins Erwerbsleben einzusteigen. Das SPD-regierte Rheinland-Pfalz macht es damit vor! Und um ein mit dem Vorreiter Norwegen vergleichbares Maß zu erreichen, müssen wir jetzt auch an der Reduzierung der täglichen Arbeitszeit ansetzen, so dass mehr Zeit für Kindererziehung bleibt. Gute Betreuung für Kinder von arbeitenden Frauen führt schließlich zu einer höheren Erwerbsquote und auch zu mehr Geburten!

O-Ton

"Wenn sich Regierungen nicht vorwärts bewegen, wenn der Zug der Weltgemeinschaft bei wichtigen Themen ins Stocken kommt, dann kann Europa die Lokomotive sein, die den Zug wieder ins Rollen bringt!"

Ban Ki-moon,
Generalsekretär der Vereinten Nationen
Straßburg 20.10.2010

EU "dealt" mit Libyen

Seit November 2008 verhandelt die EU mit dem nordafrikanischen Staat Libyen über ein Rahmenabkommen. Beide Seiten wollen enger in der Außenpolitik, bei Sicherheits- und Einwanderungsfragen zusammenarbeiten. Zudem soll eine Freihandelszone eingerichtet werden. Nun führt die geplante Zusammenarbeit jedoch zu Streit. Die EU soll von 2011 bis 2013 sechzig Millionen Euro im Kampf gegen illegale Einwanderung in Libyen investieren. Das haben vor ein paar Wochen, am 27. September, der libysche Außenminister Moussa Koussa, die EU-Innenkommissarin Cecilia Malström sowie der EU-Erweiterungskommissar Stefan Füle vereinbart.

Der Haken an der Sache: Das Europäische Parlament wurde über die Verhandlungen mit dem libyschen Staatschef Muammar al-Gaddafi nicht ausreichend informiert, das Verhandlungsmandat der Kommission bleibt nebulös.

Uns Sozialdemokraten treibt dabei vor allem eines auf die Barrikaden: Vor wenigen Monaten erst haben wir im Parlament eine Resolution verabschiedet, bei der wir den Umgang der libyschen Regierung mit Flüchtlingen scharf kritisieren. Die Europäische Kommission hat das zur Kenntnis genommen. Doch nun stellt sie nicht nur die loyale Zusammenarbeit zwischen den Institutionen in Frage. Vielmehr müssen wir erfahren, dass die Kommission entgegen unserer Überzeugung der Ansicht ist, dass Libyen sehr wohl ein verlässlicher Partner sei, um den Strom an illegalen Einwanderern nach Europa zu stoppen und Flüchtlinge zu schützen. Dies ist umso verwunderlicher, wenn man bedenkt, dass in den letzten drei Jahren

mindestens sieben Verhandlungsrunden gescheitert sind.

Der Grund: Es gab keinerlei substanzielle Fortschritte oder klare Zusagen Libyens, internationale Menschenrechtskonventionen zu respektieren. Libyen ist nicht Vertragspartei der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 und hat keine Kooperationsvereinbarung mit dem Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) unterzeichnet. Die Aktivitäten des UNHCR auf libyschen Hoheitsgebiet werden von den örtlichen Behörden regelmäßig behindert.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Wir Sozialdemokraten im Europäischen Parlament sind nicht grundsätzlich gegen ein Rahmenabkommen mit Libyen. Aber angesichts der Haltung des libyschen Regimes ist für uns klar, dass wir nicht mit Libyen verhandeln können, wenn es um den Schutz von Flüchtlingen geht!

Bevor wir Libyen EU-Geld in die Taschen stecken, muss die Kommission erklären, wie genau Flüchtlingsrechte garantiert werden können. Sie muss auch erklären, wie sie gewährleisten will, dass wir Libyen nicht dafür bezahlen, dass es für uns die "Drecksarbeit" vor den Toren Europas erledigt. Wir fordern die Europäische Kommission dringend auf, dem Parlament über die Fortschritte Libyens Bericht zu erstatten. Denn jegliche Zusammenarbeit mit diesem Land muss von der Ratifizierung und Umsetzung der Genfer Flüchtlingskonvention und anderer wichtiger Menschenrechtsabkommen durch Libyen abhängig gemacht werden!

WKD

Die Debatte um die GAP nach 2013 geht weiter

Die Verhandlungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 sind in die nächste Runde gegangen noch bevor diese offiziell eingeläutet wurde: Die für den 17. November angesetzte Mitteilung des zuständigen rumänischen Kommissars, Dacian Ciolos, war inoffiziell durchgesickert und wird vor der Debatte im Agrarausschuss bereits kräftig kommentiert. Ciolos Papier verzichtet noch gänzlich auf konkrete Zahlen, wodurch das Papier vage und eher wie ein weiterer Diskussionsbeitrag wirkt, als wie eine klare Ansage. Auch das "Durchsickern" spricht dafür, dass die Debatte nach vorgelagerter öffentlicher Beratung nun nochmals in eine Verlängerung geht.

In Ciolos Vorschlägen zur künftigen Gestaltung der Direktzahlungen steckt Zündstoff: Er schlägt die Verlagerung der Ausgleichszulage von der zweiten Säule, die mit EU-Mitteln und nationalen Zuschüssen gemeinsam finanziert wird, in die erste Säule der Direktzahlungen vor. Damit würden die Direktzahlungen, die derzeit

gut 40 Prozent der Bilanz deutscher Bauern ausmachen, nicht mehr nur abhängig vom Produkt ausgezahlt, sondern an bestimmtes umweltschonendes Verhalten geknüpft. Kritiker bezeichnen dies als "Behübschen und Begrünen".

Wir Sozialdemokraten hingegen verstehen die aktuelle Debatte als Möglichkeit zu einer echten Neuausrichtung, hin zu mehr Umweltschutz und vor allem einer Anerkennung der gesamtgesellschaftlichen Leistungen der Bauern.

Direktzahlungen haben sich langfristig nicht als Motor dieses notwendigen Wandels erwiesen, sondern als Hemmnis, weshalb wir Sozialdemokraten in unserem Grundsatzpapier zur GAP nach 2013 eine dreigestufte Alternative zur Säulenstruktur aufgezeigt hatten. Allerdings sehen auch wir ein großes Defizit: Aus Scheu vor einem klaren Schnitt darf am Ende keine Lösung stehen, weder Fisch noch Fleisch, die mehr bürokratischen Aufwand als effektiven Nutzen bringt. IE

Das EU-Knöllchen ist da



Von Freiburg kurz zum Einkaufen nach Frankreich - und unterm Scheibenwischer klemmt ein Knöllchen. Bisher konnten im Ausland verhängte Bußgelder nicht in Deutschland vollstreckt werden. Das heißt Begleichen oder Nicht-Begleichen war vom guten Willen des Verkehrssünder abhängig.

Ab Mitte November/Ende Oktober kommt das Euro-Knöllchen und mit ihm die EU-weite Bußgeldvollstreckung. In Deutschland können in Zukunft Strafzettel aus allen übrigen 26 EU-Staaten vollstreckt werden. Ausgenommen sind nur unverständliche fremdsprachige Bußgeldbescheide und Bescheide, für die es in Deutschland keine gesetzliche Grundlage gibt. IE

Zur Info >>>

Die 3 Sitze des Europaparlaments

Ein Parlament, drei Sitze - diese Eigenart des Europäischen Parlaments (oft auch als "Wanderzirkus" bezeichnet) ist für viele Menschen unverständlich, auch wenn uns Deutschen die Situation mit Bonn-Berlin bekannt vorkommt. Der offizielle Sitz des Parlaments ist Straßburg, wo sich die Abgeordneten einmal im Monat für die Plenarwoche treffen. Die meiste Zeit verbringen die Abgeordneten allerdings in Brüssel, wo auch die Ausschuss-Sitzungen stattfinden. In Luxemburg sind die Verwaltungsbeamten untergebracht.

Straßburg, als Symbolort der deutsch-französischen Aussöhnung, wurde schon 1952 ausgewählt, und ist in den EU-Verträgen als offizieller Sitz des Europaparlaments festgelegt. War anfangs noch die Idee entscheidend, dass ein Europa der Vielfalt nicht nur ein Zentrum haben kann, sind die Standorte mittlerweile ein Wirtschaftsfaktor, auf den weder Frankreich noch Belgien noch Luxemburg verzichten wollen. Das Parlament kann die Verträge nicht ändern, sondern nur der Ministerrat - mit einem einstimmigen Beschluss. So lange also die Mitgliedstaaten sich nicht anders entscheiden, werden die Abgeordneten weiterhin einmal im Monat nach Straßburg reisen.

Dem Umweltschutz Rechnung tragen



© Alexander Blum

Am Freitag konnten sich die EU-Verkehrsminister auf eine Neufassung der so genannten "Eurovignetten-Richtlinie" einigen, die Erhebung, Höhe und Verwendung von Straßengebühren regelt. Das Dossier wird nun in zweiter Lesung ins Parlament kommen. Wir Sozialdemokraten begrüßen die Einigung grundsätzlich, allein schon weil ein weiteres Verschieben in krassem Gegensatz zur Bedeutung des Dossiers steht: Die Richtlinie ist ein Schritt hin zu einer gesamtgesellschaftlichen Sichtweise, sprich wie wir durch Stau, Lärm und Luftverschmutzung entstehende Beeinträchtigung von Mensch und Umwelt in Rechnung stellen - und vor allem wem. Wir Sozialdemokraten sind mit dem Verursacherprinzip, das Spediteure in die Pflicht nimmt, grundsätzlich einverstanden, aber es muss für diejenigen, die ihre Flotte kürzlich erst auf Euro IV oder V auferüstet haben, Vergünstigungen geben. Wir Sozialdemokraten bestehen auch auf Zweckbindung der eingenommenen Mittel: Von den Verkehrsteilnehmern gezahlte Gebühren müssen tatsächlich dem Verkehrssektor zu Gute kommen. Sie sind nicht für Haushaltslöcher gedacht, sondern für die nachhaltige Verbesserung der Verkehrsinfrastrukturen. **IE**

Anschauungsunterricht in Regionalpolitik

Santander in Kantabrien - das war das Ziel einer Delegationsreise der sozialdemokratischen RegionalpolitikerInnen. In Nordspanien konnten die Abgeordneten viele Eindrücke gewinnen, EU-geförderte Projekte besichtigen und sich mit PolitikerInnen aus der Region austauschen. Bei dem Besuch eines Stausees beispielsweise erklärte der Umweltminister, wie bei einem solchen Großprojekt nicht nur die Wasserversorgung für eine halbe Million Menschen organisiert wird, sondern auch Umweltschutz gewährleistet werden kann. In Torrelavega erlebten die Abgeordneten vor Ort, wie Geld aus den europäischen Strukturfonds zur Stadterneuerung beitragen können - es war beeindruckend, wie die Stadt sich entwickelt hat, weil EU-Gelder sinnvoll eingesetzt werden. Hier von können andere Regionen lernen. Aber auch Arbeitsplätze werden mit Hilfe von europäischem Geld geschaffen - das zeigte der Besuch eines Technologieparks bei Santander. Dort sind in Zusammenarbeit mit der Uni und Unternehmen über 1000 Arbeitsplätze entstanden.

UN-Generalsekretär im EU-Parlament

Am 19. Oktober 2010 hat der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-moon, eine Ansprache vor dem Straßburger Plenum des Europäischen Parlaments gehalten. Ban Ki-moon betonte in seiner Rede, dass die Vereinten Nationen und die Europäische Union natürliche Verbündete seien, die vor gemeinsamen globalen Herausforderungen stehen.

Hier nannte er die Bekämpfung extremer Armut, den Klimawandel und den Einsatz für eine atomwaffenfreie Welt. Außerdem ließ es sich Ban Ki-moon nicht nehmen, die EU für die unzureichende Integration von Migranten zu kritisieren.



Der UN-Generalsekretär beklagte, dass Zuwanderer in Europa besonders stark von Arbeitslosigkeit, Diskriminierung und Ungleichbehandlung bei Bildung und Arbeit betroffen sind. Passend zur aktuellen Integrationsdebatte in Deutschland betonte Ban, dass vor allem Muslime Opfer einer Diskriminierung seien, die von Europa so nicht akzeptiert werden dürfe. Wir Europaabgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion danken Ban Ki-moon für diese offenen und ehrlichen Worte. **WKD**

Start für Europäischen Auswärtigen Dienst

In der vergangenen Woche hat das Europäische Parlament zwei Berichte zum Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) angenommen.

Mit der Zustimmung zum Personal- und Haushaltsstatut kann nun der EAD am 1. Dezember 2010 seine Arbeit offiziell aufnehmen. Ein Erfolg des Parlaments ist die Sicherstellung der Geschlechter- und geografischen Ausgewogenheit des EAD-Personals bei gleicher Qualifikation. Auch wird eine starke Haushaltskontrolle des EAD garantiert. Das Parlament hat auch erreicht, dass nationalstaatliche Einzelinteressen nicht über der gemeinschaftlichen Außenpolitik stehen.

Wir Sozialdemokraten sind zuversichtlich, dass der neu geschaffene diplomatische Dienst der EU maßgeblich dazu beitragen wird, die Sichtbarkeit und Kohärenz der europäischen Außenpolitik zu stärken. Der EAD wird ermöglichen, dass Europa auf der internationalen Bühne nicht mehr nur als Zahler, sondern als starker Mitspieler auftritt. **WKD**



Catherine Ashton, Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und EAD-Chefin

Stuttgart 21 und die EU

Die hohen Wogen von Stuttgart 21 haben Brüssel erreicht: Verkehrskommissar Siim Kallas würdigte die Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen Paris und Bratislava als extrem wichtige transeuropäische West-Ost-Achse.

Damit hat er Recht, Unrecht allerdings mit der Annahme, dass Bahnhöfe Angelegenheit der Europäischen Union seien. Nur Strecken werden von der EU mitfinanziert, Bahnhöfe sind nationale Angelegenheit.

Die europäische Förderung der Schiene darf deshalb nicht mit der auf nationaler Ebene zu entscheidenden Frage des Umbaus des Stuttgarter Hauptbahnhofs vermischt werden. Für den Abschnitt Stuttgart-Ulm hat die EU-Kommission bis 2013 215,92 Millionen Euro zur Verfügung gestellt - fast die Hälfte der EU-Förderung von 438,35 Millionen Euro für die Gesamtstrecke Paris-Bratislava. **IE**



Unsere Besucher in Straßburg und Brüssel...



Am Mittwoch, dem 20. Oktober, besuchten VertreterInnen der Kontakt- und Informationszentrale für Muslime (KIMUS) aus Würzburg das Europäische Parlament in Straßburg. Bei einem Gespräch mit **Kerstin Westphal** und **Ismail Ertug** ging es vor allem um Fragen der Integration. Im Anschluss daran konnte die Gruppe noch eine Debatte im Plenarsaal mitverfolgen.



Zu einem dreitägigen Programm reiste die AfA - Betriebsgruppe Bahn (Region Bayern) vom 4. bis 6. Oktober nach Brüssel. Ein Programmpunkt war der Besuch im Europäischen Parlament - nach einer Präsentation über Arbeit und Funktionsweise des Parlaments kam **Kerstin Westphal** zu einem einstündigen Gespräch mit der Gruppe zusammen, wobei nicht nur verkehrspolitische Fragen diskutiert wurden.



Auf Einladung von **Ismail Ertug** besuchten 45 OberpfälzerInnen und NiederbayerInnen das Europäische Parlament in Brüssel. Thema war die geplante Modernisierung der Bahnstrecke Hof-Regensburg. Diese könnte Teil eines Maßnahmenpakets in Verbindung mit der Realisierung des sog. östlichen Korridors für Güterverkehr auf der Schiene sein. Ziel des Verkehrskorridors ist es, im Rahmen der transeuropäischen Netze den Schienengüterverkehr entlang der Achse Rostock-Genua auszubauen. Ertug setzt sich für eine Elektrifizierung des Abschnitts zwischen Hof und Regensburg und damit für mehr Umweltschutz und kürzere Fahrzeiten ein.

Wolfgang Kreissl-Dörfler, MdEP*

Europäisches Parlament

T.: +32 (0)228 47 110
wolfgang.kreissl-doerfler@europarl.europa.eu
 Ansprechpartnerinnen:
 Nadja Pohlmann und Maria D'Amico

Europabüro:
 Oberanger 38/IV
 80331 München
 T.: 089 21 02 43 61
 F.: 089 21 02 43 61
europa@kreissl-doerfler.de

www.kreissl-doerfler.de

Ansprechpartnerin:
 Britta Besan
 Bürozeiten:
 Mo-Do: 9.00-17.00 Uhr, Fr: 9.00-12.00 Uhr

Kerstin Westphal, MdEP*

Europäisches Parlament

T.: +32 (0)228 47 534
kerstin.westphal@europarl.europa.eu
 Ansprechpartner:
 Dr. Clemens zur Hausen, Philipp Krieg

Europabüro:
 Kornmarkt 17
 97421 Schweinfurt
 T.: 09721 715 716,
 F.: 09721 474 0884
eder@kerstin-westphal.de
 Semmelstr. 46R
 97070 Würzburg
 T.: 0931 45 25 31 28
 F.: 0931 45 25 31 29
augustin@kerstin-westphal.de

www.kerstin-westphal.de

Ansprechpartnerinnen:
 Marietta Eder Elisabeth Augustin
 Bürozeiten:
 Mo-Do: 9.00-16.00 Uhr Mo-Mi: 9.00 -14.30 Uhr
 Fr: 9.00-13.00 Uhr Do: 9.00-15.30 Uhr

Ismail Ertug, MdEP*

Europäisches Parlament

T.: +32 (0)228 47 547
ismail.ertug@europarl.europa.eu
 AnsprechpartnerInnen: Arzu Mouchtar,
 Maria von Stern und Fatih Aydogan

Europabüro:
 Richard-Wagner-Str. 4 Nördl. Stadtgraben 9
 93055 Regensburg 94469 Deggendorf
 T.: 0941 29 79 98 73 0991 379 11 64
 F.: 0941 29 79 98 75 0991 379 11 63
thorsten.kaestl@ertug.eu
katja.reitmaier@ertug.eu

www.ertug.eu

AnsprechpartnerInnen:
 Thorsten Kästl Katja Reitmaier
 Bürozeiten:
 Mo-Fr: 9.00-17.00 Uhr